AMTSBLATT

für den Landkreis Wittmund

31. Jahrgang

Wittmund, den 30. September 2010

Nr. 11

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Bekanntmachungen des Landkreises	
–	
II. Bekanntmachungen anderer Dienststellen	
Haushaltssatzung der Stadt Esens für das Haushaltsjahr 2010	47
Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages in der Gemeinde Werdum (Kurbeitragssatzung)	47
Öffentliche Bekanntmachung der Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Amt für Landentwicklung Aurich	
Flurbereinigung Dunum	48
Satzung des Regionalrates Ostfriesland	48
Bekanntmachung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Emden nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	49
Haushaltssatzung der Stadt Wittmund für das Haushaltsjahr 2010	49

II. Bekanntmachungen anderer Dienststellen

Haushaltssatzung der Stadt Esens für das Haushaltsjahr 2010

Aufgrund der §§ 40 und 84 ff. der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Esens in seiner Sitzung am 17. Mai 2010 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	5.990.900 EUR
in der Ausgabe auf	6.173.700 EUR
im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	6.713.900 EUR
in der Ausgabe auf	6.713.900 EUR

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Esens für das Haushaltsjahr 2010 wird im Erfolgsplan	
mit Erträgen in Höhe von	451.000 EUR
mit Aufwendungen in Höhe von	451.000 EUR
im Vermögensplan	
mit Einnahmen in Höhe von	74.000 EUR
mit Ausgaben in Höhe von	74.000 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 1.215.600 EUR festgesetzt.

Im Vermögensplan der Stadtwerke Esens werden Kredite für Investitionen nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt. Im Vermögensplan der Stadtwerke Esens werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 EUR festgesetzt.

Für die Sonderkasse der Stadtwerke Esens werden Kassenkredite nicht beansprucht.

Nachrichtlich: § 5

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftliche Betriebe)	360 v. H.
2. Grundsteuer B (für Grundstücke)	360 v. H.
3. Gewerbesteuer	360 v. H.

Esens, 17. Mai 2010

Stadt Esens

Wilbers	(L. S.)	Buß
Bürgermeister		Stadtdirektor

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Jahr 2010 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gemäß § 92 Abs. 2 NGO hat der Landkreis Wittmund erteilt am 25. 8. 2010 unter dem Aktenzeichen 20/082-01/Ess.

Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO vom 4. 10. bis 12. 10. 2010 zur Einsichtnahme im Rathaus Esens, Am Markt 2, Zimmer 30, öffentlich aus.

Buß
Stadtdirektor

Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages in der Gemeinde Werdum (Kurbeitragssatzung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 366; ber. Nds. GVBl. S. 41), und der §§ 1, 2 und 10 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Mai 2009 (Nds. GVBl. S. 191), hat der Rat der Gemeinde Werdum in seiner Sitzung am 13. August 2010 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages in der Gemeinde Werdum (Kurbeitragssatzung) vom 29. Mai 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Wittmund Nr. 6 vom 30. Juni 2006), geändert durch Satzung vom 24.03.2009 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Wittmund Nr. 3 vom 31. März 2009), wird wie folgt geändert:

1. § 4 erhält folgende Fassung:

§ 4

Beitragshöhe

(1) Der Kurbeitrag wird nach der Dauer des Aufenthaltes bemessen. Er beträgt je Tag:	in der Hauptsaison	in der übrigen Zeit
	Euro	Euro
a) für Personen ab 18 Jahre	2,00	1,00
b) für Personen ab 6 Jahre bis einschließlich 15 Jahre	1,10	0,50

- (2) Im Sinne des Absatzes 1 gilt
als Hauptsaison die Zeit vom 15. März bis 31. Oktober und
als übrige Zeit die Zeit vom 01. Januar bis 14. März und
vom 01. November bis 31. Dezember.
- (3) Der Beitragspflichtige kann anstelle des nach Tagen berechneten Kurbeitrages nach Abs. 1 einen Jahreskurbeitrag zahlen, der zum Aufenthalt während des ganzen Jahres berechtigt. Der Bemessung des Jahreskurbeitrages liegen 28 Aufenthaltstage zu Grunde. Der Aufenthalt braucht nicht zusammenhängend genommen zu werden. Zweitwohnungsinhaber und Dauerbenutzer von Campingplätzen sowie ihre Familienangehörigen (Ehegatten und zum Haushalt gehörende Kinder bis einschließlich 17 Jahre) sind verpflichtet, den Jahreskurbeitrag zu entrichten. Der Betrag wird erstattet, wenn sie bis zum 31. März des auf das Veranlagungsjahr folgenden Jahres nachweisen, dass sie sich nicht im Erhebungsgebiet aufgehalten haben. Der Jahreskurbeitrag beträgt:
- a) für die in Abs. 1 unter a) genannten Personen 56,00 EUR
b) für die in Abs. 1 unter b) genannten Personen 30,80 EUR.

2. § 6 S. 3 erhält folgende Fassung:

Für den Jahreskurbeitrag entsteht die Beitragspflicht und -schuld mit Beginn des Kalenderjahres bzw. bei Eigentumserwerb und Begründung des Dauernutzungsrechts während des laufenden Kalenderjahres im Zeitpunkt der Rechtsbegründung.

3. Im § 7 Abs. 1, 2 und 3 wird der jeweilige Wortbestandteil „Saison“ durch den Wortbestandteil „Jahres“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. November 2010 in Kraft.

Werdum, den 13. August 2010

(L. S.) **Gemeinde Werdum**
Hass
Bürgermeister

Behörde für Geoinformation,
Landentwicklung und Liegenschaften
Amt für Landentwicklung Aurich
Oldersumer Straße 48
26603 Aurich

Aurich, 02.09.2010

**Öffentliche Bekanntmachung
Flurbereinigung Dunum**

**Unanfechtbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses
vom 01.07.2010**

Die von der Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) – Amt für Landentwicklung Aurich in Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange einschließlich der nach dem Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Vereinigungen sowie im Benehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft aufgestellte 2. Änderung des Planes gem. § 41 FlurbG wurde gem. § 41 Abs. 3 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl. I, S. 2794), am 01.07.2010 durch das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung planfestgestellt (Internet: [www.GLL-AUR.Niedersachsen.de/Amt für Landentwicklung/Flurbereinigung Dunum](http://www.GLL-AUR.Niedersachsen.de/Amt_für_Landentwicklung/Flurbereinigung_Dunum)). Die Umweltauswirkungen wurden bewertet.

Der Planfeststellungsbeschluss ist seit dem 22.07.2010 unanfechtbar.

(L. S.) **Wieghaus**

Satzung des Regionalrates Ostfriesland

Präambel

Die Kreistage der Landkreise Aurich, Leer und Wittmund sowie der Stadtrat der kreisfreien Stadt Emden haben den Beschluss gefasst, den Regionalrat Ostfriesland zu gründen. Ziel ist es, die vertrauensvolle Zusammenarbeit der vier Gebietskörperschaften zu fördern und zu verstärken. Im Hinblick auf die Interessenvertretung nach außen wollen die Gebietskörperschaften einheitlich als Region auftreten. Gemeinsames Ziel ist die nachhaltige Entwicklung der Region.

Der Regionalrat Ostfriesland gibt sich folgende Satzung:

§ 1

Name, Gebiet

- (1) Das Gremium führt den Namen „Regionalrat Ostfriesland“.
- (2) Das Gebiet umfasst die Landkreise Aurich, Leer und Wittmund sowie die kreisfreie Stadt Emden, die im Folgenden als Mitgliedskommunen bezeichnet werden.
- (3) Der Regionalrat ist offen für den Beitritt des Landkreises Friesland und der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven. Deren Vertreter werden als Gäste eingeladen.

§ 2

Aufgabe

Der Regionalrat hat folgende Aufgaben:

1. Stärkung und Ausbau der Kooperation, Koordination und Kommunikation zwischen den Mitgliedskommunen,
2. Vertretung der Interessen der Region gegenüber dem Land, dem Bund, der Europäischen Union und anderen Stellen.

§ 3

Mitglieder

- (1) Mitglieder des Regionalrates sind die von den Landkreisen Aurich, Leer und Wittmund sowie der kreisfreien Stadt Emden entsandten Kreistags- und Stadtratsmitglieder sowie die Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen der Mitgliedskommunen.
- (2) Die Mitglieder des Regionalrates werden für die Dauer der Wahlperiode der Kommunalvertretungen gewählt.
- (3) Die für die Region zuständigen Abgeordneten des Bundestages, des Landtages und des Europäischen Parlamentes sind beratende Mitglieder ohne Stimmrecht.

§ 4

Organe

Der Regionalrat hat einen Vorstand (§§ 12 - 13), einen Ausschuss (§§ 10 - 11) und eine Vollversammlung (§§ 6 - 9).

§ 5

Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung übernimmt jeweils eine der Mitgliedskommunen des Regionalrates für die Dauer einer Wahlperiode der Kommunalvertretung. Bis zum Beginn der nächsten Wahlperiode am 01.11.2011 übernimmt der Landkreis Aurich die Geschäftsführung.
- (2) Der geschäftsführenden Kommune obliegen die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Regionalrates.

§ 6

Zusammensetzung der Vollversammlung

- (1) Die Vollversammlung setzt sich zusammen aus
 1. den Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen der Mitgliedskommunen,
 2. den von den Kommunalvertretungen benannten Vertretern/Vertreterinnen, wobei auf je angefangene 10.000 Einwohner der jeweiligen Gebietskörperschaft 1 Vertreter/Vertreterin entfällt, und
 3. den für die Region zuständigen Abgeordneten des Bundestages, des Landtages und des Europäischen Parlamentes als beratende Mitglieder ohne Stimmrecht.
- (2) Stimmberechtigte Mitglieder sind die Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen und die Vertreter/Vertreterinnen der Kommunalvertretungen. Die Gäste des Regionalrates sind beratende Mitglieder.
- (3) Die Mitglieder können Fraktionen/Gruppen bilden.

§ 7

Aufgaben der Vollversammlung

Die Vollversammlung hat folgende Aufgaben:

1. Wahl des Ausschusses,
2. Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden und seiner/ihrer Stellvertreter/Stellvertreterinnen für die Hälfte einer Wahlperiode,
3. Bildung von Arbeitsgruppen,
4. Fassen von Beschlussempfehlungen für die Kreistage/den Stadtrat,
5. Fassen von Resolutionen zum Inhalt des § 2,
6. Änderung der Satzung.

§ 8

Sitzungen der Vollversammlung

- (1) Die geschäftsführende Kommune lädt die Mitglieder mindestens zweimal im Jahr schriftlich mit vierwöchiger Frist zu den Sitzungen ein und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es einer Frist von einer Woche. In der Ladung ist darauf hinzuweisen.
- (2) Darüber hinaus sind die Mitglieder zu laden, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder dies verlangt.
- (3) Der Vorsitzende/Die Vorsitzende leitet die Vollversammlung.
- (4) Die Sitzungen der Vollversammlung sind öffentlich.

§ 9

Beschlussfassung in der Vollversammlung

- (1) Die Vollversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder vertreten ist.
- (2) Die Vollversammlung beschließt mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
- (3) Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift muss Angaben enthalten
 - 1. über den Ort und den Tag der Sitzung,
 - 2. die Namen des Vorsitzenden/der Vorsitzenden und der anwesenden Mitglieder,
 - 3. den behandelten Gegenstand und die gestellten Anträge,
 - 4. die gefassten Beschlüsse,
 - 5. das Ergebnis von Wahlen.
- (4) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden/der Vorsitzenden und, soweit ein Schriftführer/eine Schriftführerin hinzugezogen worden ist, auch von diesem/dieser zu unterzeichnen.

§ 10

Zusammensetzung des Ausschusses

- (1) Der Ausschuss besteht aus
 - 1. den Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen und
 - 2. zwei Vertretern/Vertreterinnen jeder Kommune in der Vollversammlung. Es können auch die in § 6 Abs. 1 Nr. 3 bezeichneten Personen benannt werden.
- (2) Für jeden Vertreter der Kommunen im Ausschuss wird ein Stellvertreter benannt.

§ 11

Aufgaben des Ausschusses

- (1) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:
 - 1. Erarbeitung von Konzepten und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der beteiligten Gebietskörperschaften,
 - 2. Vorbereitung der Sitzungen der Vollversammlung.
Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Funktion eines Verwaltungsausschusses gemäß NGO analog wahr.
- (2) Der Ausschuss tagt mindestens vierteljährlich.

§ 12

Zusammensetzung des Vorstandes

Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden/einer Vorsitzenden und zwei Stellvertretern/Stellvertreterinnen. Diese müssen Mitglied des Ausschusses sein. Eines der drei Vorstandsmitglieder ist ein Hauptverwaltungsbeamter/eine Hauptverwaltungsbeamtin.

§ 13

Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand vertritt den Regionalrat nach außen.

§ 14

Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeld, Reisekosten

- (1) Die Mitglieder des Regionalrates sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Die stimmberechtigten Mitglieder des Regionalrates erhalten von den sie entsendenden Kommunen als Aufwandsentschädigung ein Sitzungsgeld und Fahrtkostenerstattung.
- (3) Die nicht stimmberechtigten Mitglieder erhalten keine kommunalen Zuwendungen.

§ 15

Analoge Anwendung der NGO

Bei weiteren Verfahrensfragen gelten die Vorschriften der NGO analog. Dabei entspricht die Vollversammlung dem Rat, der Ausschuss

entspricht dem Verwaltungsausschuss und der Vorstand entspricht dem Hauptverwaltungsbeamten.

§ 16

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tag der Bekanntmachung in den Amtsblättern der Mitgliedskommunen in Kraft.

Aurich, den 25. August 2010

Regionalrat Ostfriesland

Duin

Vorsitzender

Staatliches
Gewerbeaufsichtsamt Emden

Bekanntmachung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die Firma Gesion GmbH, Dohusen 6, 26409 Wittmund hat die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Verbrennungsmotorenanlage mit einer Feuerungswärmeleistung von 1.301 kW beim Einsatz von Biogas als Brennstoff in 26409 Wittmund, Dohuser Weg 10, Gemarkung Wittmund, Flur 7, Flurstück 59/7 beantragt.

Die Vorprüfung des Einzelfalls nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbstständig anfechtbar ist.

Emden, 20.09.2010

Im Auftrage
Lampe

Haushaltssatzung der Stadt Wittmund für das Haushaltsjahr 2010

Aufgrund der §§ 40 Absatz 1 Ziffer 8 und 84 ff. der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 28. 10. 2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. 10. 2009 (Nds. GVBl. S. 366) und zuletzt berichtigt am 3. 2. 2010 (Nds. GVBl. S. 41) hat der Rat der Stadt Wittmund in seiner Sitzung am 13. 4. 2010 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das **Haushaltsjahr 2010** wird

im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	24 800 200 EUR
in der Ausgabe auf	26 700 200 EUR

im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	7 009 800 EUR
in der Ausgabe auf	7 009 800 EUR

festgesetzt.

Der **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes** der Stadt Wittmund für das Haushaltsjahr 2010 wird

im Erfolgsplan mit	
Erträgen in Höhe von	393 800 EUR
Aufwendungen in Höhe von	393 800 EUR

im Vermögensplan mit	
Einnahmen in Höhe von	60 300 EUR
Ausgaben in Höhe von	60 300 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen** für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditemächtigung) wird auf **929 900 EUR** festgesetzt.

Im **Vermögensplan** des Eigenbetriebes werden Kredite für Investitionen **nicht** veranschlagt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **60 000 EUR** festgesetzt.

Im **Vermögensplan des Eigenbetriebes** werden **Verpflichtungsermächtigungen** nicht veranschlagt.

§ 4

Der **Höchstbetrag**, bis zu dem **Kassenkredite** im **Haushaltsjahr 2010** zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

2 045 000 EUR

festgesetzt.
Für den Eigenbetrieb werden **Kassenkredite** im **Wirtschaftsjahr 2010** zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Höhe von

100 000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze (Hebesätze)** für die Realsteuern werden für das **Haushaltsjahr 2010** wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer**

a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
(**Grundsteuer A**)

330 v. H.

b) für die Grundstücke (**Grundsteuer B**)

330 v. H.

2. **Gewerbesteuer**

330 v. H.

Wittmund, den 13. 4. 2010

Stadt Wittmund
Claußen
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die nach § 91 Abs. 4, § 92 Abs. 2 und § 94 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Wittmund am 2. 9. 2010 unter dem Aktenzeichen 20/082-01/Wtm erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) vom 04.10.2010 bis 12.10.2010 im Rathaus, Zimmer 308 (Fachbereich Zentrale Dienste und Finanzen), Kurt-Schwitters-Platz 1, 26409 Wittmund, öffentlich aus.

Wittmund, den 30. September 2010

Claußen
Bürgermeister